



Liebe Leserinnen
und Leser,

die Bundesregierung hat Mitte Juli die im Koalitionsvertrag angekündigte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt, die konkrete Handlungsempfehlungen für den Erhalt der ländlichen Räume als attraktive Wohn-, Wirtschafts- und Arbeitsorte entwickeln soll. Das Thema hat für die Landkreise in Sachsen-Anhalt höchste Bedeutung. Wir hoffen daher auf schnelle Ergebnisse und erwarten konkrete und mit Finanzmitteln unteretzte Maßnahmen, die vor Ort schon bald begonnen werden können.



Wie wichtig uns das Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist, zeigt unser Positionspapier „Ländliche Entwicklung gleichberechtigt fördern“, das die Landräte und Kreistagsvorsitzenden auf unserer Landkreistagsversammlung am 20. September 2018 einstimmig beschlossen haben. Das Papier ist in diesem Newsletter für Sie abgedruckt.

Zunehmend belastend sind für die Landkreise die vielen Förderprogramme, die bei der Beantragung, Abwicklung und Abrechnung erhebliche Verwaltungskapazitäten binden. Wir regen an, den „Förderdschub“ kritisch zu durchforsten, die Fördermittel zu Bündeln und der kreislichen Ebene in eigener Verantwortung zu übertragen. Damit würden die Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort wesentlich gestärkt und die wirklich notwendigen Maßnahmen realisiert werden.

Keine Lösung ist leider beim Ausgleich der Mehrbelastungen erkennbar, die die Landkreise aus der Reform des Unterhaltszuschussgesetzes zum 1. Juli 2017 zu tragen haben. Soweit nicht doch noch eine konnexitätsgerechte Ausgleichsregelung durch das Land erfolgt, bleibt hier der Weg zum Landesverfassungsgericht wohl unausweichlich.

Wir hoffen auf Ihr Interesse an unserem aktuellen Newsletter und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Michael Ziche
Präsident des Landkreistages Sachsen-Anhalt

ÜBERBLICK

Seite 1

- Gleichwertige Lebensverhältnisse

Seite 2

- Positionspapier der Landkreistagsversammlung 2018

Seite 3

- Nachwahlen zu den Gremien

Seite 4

- Aufbau der neuen 5G-Netze
- Termine

Gleichwertige Lebensverhältnisse:

Landkreise erwarten mehr Unterstützung

Anlässlich unserer Landkreistagsversammlung am 20./21. September 2018 in Merseburg, Landkreis Saalekreis, haben wir an Bund und Land appelliert, die Landkreise stärker bei dem Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in den ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts zu unterstützen.

Um die Landkreise als Wohn-, Wirtschafts- und Arbeitsorte gleichberechtigt zu den kreisfreien Städten weiterzuentwickeln, bedarf es aus Sicht der Landräte und Kreistagsvorsitzenden höherer Investitionen in die kommunale Infrastruktur, insbesondere bei kommunalen Straßen, beim Breitbandausbau und bei der dringend notwendigen Digitalisierung der Schulen. Der hier bestehende Nachholbedarf muss kraftvoll und zügig angegangen werden. Die Landkreise erwarten daher, dass Bund und Land die erforderlichen politischen Prioritäten setzen.

Neben der gezielten Finanzierung der genannten Maßnahmen fordern die Landkreise für kontinuierliche Investitionen und Erhaltungsmaßnahmen an ihrem Vermögen eine bessere steuerliche Grundausstattung der Kommunen. Ziel ist eine aufgabengerechtere Beteiligung an der Umsatzsteuer, an der auch die Landkreise für ihren Aufgabenbestand zu beteiligen sind.

Gegenüber dem Land treten die Landkreise weiterhin für einen auskömmlichen Finanzausgleich und die strikte Einhaltung der Konnexität bei neuen Fachgesetzen ein. Auch müssen die vielen Fördertöpfe überprüft und auf Finanzbudgets umgestellt werden.

Die Forderungen der Landkreise sind in dem Positionspapier „Ländliche Entwicklung gleichberechtigt fördern“ zusammengefasst und auf der nächsten Seite abgedruckt.

Positionspapier der Landkreisversammlung 2018:

Ländliche Entwicklung gleichberechtigt fördern

Sachsen-Anhalt ist wie kaum ein anderes Bundesland überwiegend ländlich strukturiert. Der kreisangehörige Raum umfasst mit seinen elf Landkreisen, 215 kreisangehörigen Gemeinden und 18 Verbandsgemeinden 97 % der Landesfläche, auf der rd. 75 % der Bevölkerung leben. Hier finden sich herrliche Landschaften und einzigartige Stätten mit Weltkulturrang.

Dieses Gebiet ist aber auch Wohn-, Wirtschafts- und Arbeitsort, das es im Gleichklang mit den großstädtischen Räumen weiterzuentwickeln gilt. Ziel sind wettbewerbsfähige Wirtschaftsstrukturen mit ausreichenden Arbeitsplätzen und einer ausgewogenen Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge.

Dies kann aber nur gelingen, wenn politische Prioritäten gesetzt, die finanzielle Grundausstattung neu geordnet und die Verantwortung vor Ort gestärkt werden:

Ausbau der Infrastruktur

Mit den aktuellen Rahmenbedingungen können die Landkreise die Grundsätze gleichwertiger Lebensverhältnisse aus eigener Kraft kaum erfüllen. Zu groß ist allein der Investitionsstau an kommunaler Infrastruktur im ländlichen Raum:

Schwerpunkt „Kommunaler Straßenbau“

Das Land stellt für notwendige Investitionen an Gemeinde- und Kreisstraßen nur rd. 21,5 Mio. Euro/Jahr zur Verfügung. Damit kann kein intaktes kommunales Straßennetz aufrechterhalten werden:

- Von den rd. 4.250 km Kreisstraßen sind 1.840 km bereits auf einen Euro abgeschrieben und damit grundlegend sanierungsbedürftig.
- Die Abschreibung der übrigen gut 2.400 km Kreisstraßen beträgt rd. 42 Mio. Euro/Jahr.
- Insgesamt errechnet sich ein Instandsetzungsbedarf an den Kreisstraßen von rd. einer Milliarde Euro.

Die Zuweisungen des Landes sind daher allein für die Kreisstraßen auf mindestens 40 Mio. Euro/Jahr aufzustocken.



Schwerpunkt „Flächendeckende Glasfasernetze“

Sachsen-Anhalt hat bundesweit den größten Aufholbedarf bei schnellem Internet. Um Standort- und Wettbewerbsnachteile zu vermeiden, muss der Breitbandausbau grundlegend neu ausgerichtet und beschleunigt werden:

- Fördervoraussetzung muss der Aufbau moderner Glasfasernetze sein.
- Die Chancen der neuen Bundesförderung mit technischem Upgrade und höheren Fördersummen sind konsequent zu nutzen.
- Für den Glasfaserausbau ist zur fachlichen Unterstützung der Landkreise kurzfristig auf Landesebene ein Kompetenzzentrum einzurichten.



Schwerpunkt „Digitalisierung der Schulen“

Die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen in den Landkreisen bilden das Rückgrat für Ausbildung und Beschäftigung im ländlichen Raum. Um die Herausforderungen von Digitalisierung und Fachkräftemangel bewältigen zu können, sind die Unternehmer auf gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler angewiesen. Deshalb müssen alle Schulen im Land kurzfristig mit Glasfaser versorgt, intern vernetzt und im Unterricht auf die Digitalisierung eingestellt werden.

Anhebung des kommunalen Umsatzsteueranteils

Die Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs ab 2020 schreibt die bestehenden Finanzkraftunterschiede zwischen den Bundesländern dem Grunde nach fest. Die Finanzausstattung des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Kommunen bleibt daher auch in Zukunft ausgesprochen knapp.

Umso mehr ist es erforderlich, dass die kommunale Beteiligung an der Umsatzsteuer erhöht und endlich auch die Landkreise hieran beteiligt werden. Gleichzeitig sind die kommunalen

len Umsatzsteueranteile - wie bei den Länderanteilen - nach einem einwohnerbasierten Schlüssel und nicht länger nach Wirtschaftskraft zu verteilen.

Unabhängig davon bleibt das Land verpflichtet, den kommunalen Finanzausgleich auskömmlich auszugestalten und die Konnexität strikt zu wahren.

Budgets statt Förderprogramme

Der ländliche Raum ist kein einheitliches Gebiet. Die jeweilige Entwicklung muss sich daher an den örtlichen Gegebenheiten orientieren. Die Erweiterung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz um Maßnahmen der ländlichen Entwicklung wird diese Vielfalt stärken.

Detailreiche Förderprogramme können auf diese Unterschiede nur ungenau reagieren. Stattdessen sind allgemeine Entwicklungsziele zu formulieren, die für deren Umsetzung erforderlichen Mittel in Budgets zu bündeln und der kreislichen Ebene in eigener Verantwortung zu übertragen. So können die wirklich notwendigen Maßnahmen schnell und kommunalscharf realisiert werden.

Stärkung des Ehrenamtes

Der ländliche Raum lebt in besonderem Maße vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger für die örtliche Gemeinschaft. Ohne das breit aufgestellte Ehrenamt kann der Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht in jedem Landesteil Sachsen-Anhalts gewährleistet werden. Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2019 ist es besonders wichtig, möglichst viele Menschen zu finden, die bereit sind, in ihrer Kommune Verantwortung zu übernehmen.

Das Ehrenamt kann sich allerdings nur dort entfalten, wo rechtliche Rahmenbedingungen die Ausübung nicht behindern. Bund und Land sind daher aufgefordert, alle Rechtsvorschriften auf mögliche Hindernisse zu prüfen. Der Grundsatz muss lauten: „Ehrenamt darf nicht an Bürokratie scheitern!“



Foto: pixabay.de/ Grafik: easymedia

Nachwahlen zu den Gremien:

Präsidium und Ausschussvorsitz wieder komplett

Durch das Ausscheiden von Hans Walker als Landrat des Landkreises Börde und Matthias Fickel als Kreistagsvorsitzender des Landkreises Jerichower Land waren im Rahmen unserer internen Landkreisversammlung am 20. September 2018 Nachwahlen zu den Gremien des Landkreistages Sachsen-Anhalt erforderlich. Danach ergibt sich folgende aktuelle Besetzung:

Präsidium

Präsident

Landrat Michael Ziche, Altmarkkreis Salzwedel

Vizepräsident

Landrat Uwe Schulze, Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Geschäftsführendes Präsidialmitglied

Heinz-Lothar Theel

Weitere ordentliche Mitglieder

Landrat Martin Skiebe, Landkreis Harz (neu)

Landrat Jürgen Dannenberg, Landkreis Wittenberg

Kreistagsvorsitzender Frank Gebhardt, Saalekreis

Kreistagsvorsitzender Lothar Riedinger, Landkreis Stendal

Stellvertretende Mitglieder

Landrat Martin Stichnoth, Landkreis Börde (neu)

Landrat Götz Ulrich, Burgenlandkreis

Landrat Markus Bauer, Salzlandkreis

Kreistagsvorsitzender Norbert Born, Landkreis Mansfeld-Südharz

Kreistagsvorsitzender Dr. Volker Bauer, Landkreis Jerichower Land (neu)

Zentrale Steuerung, Finanzen und Kommunalrecht (Finanzausschuss)

Vorsitzender

Landrat Carsten Wulfänger, Landkreis Stendal

Stellvertretender Vorsitzender

Landrat Jürgen Dannenberg, Landkreis Wittenberg

Gesundheit, Schule und Soziales (Sozialausschuss)

Vorsitzender

Landrat Markus Bauer, Salzlandkreis

Stellvertretender Vorsitzender

Landrat Uwe Schulze, Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Wirtschaft, Umweltschutz, Verkehr und Raumplanung (Wirtschaftsausschuss)

Vorsitzender

Landrat Martin Skiebe, Landkreis Harz

Stellvertretende Vorsitzende

Landrätin Dr. Angelika Klein, Landkreis Mansfeld-Südharz (neu)

Aufbau der neuen 5G-Netze:

Flächendeckende Versorgung sicherstellen

Der Deutsche Landkreistag fordert gemeinsam mit dem Deutschen Bauernverband und dem Verband kommunaler Unternehmen eine echte Flächendeckung mit 5G-Mobilfunk im ländlichen Raum auch außerhalb der besiedelten Gebiete. Aus Sicht der drei Verbände reichen die bislang vorgesehenen Ansätze zu der im Frühjahr 2019 anstehenden Frequenzversteigerung dafür nicht aus. Es bedarf dringend einer Kurskorrektur der Frequenzpolitik der Bundesregierung und ihrer Umsetzung durch die Bundesnetzagentur.

Die Landkreise sehen bekanntlich in der Digitalisierung große Chancen für den ländlichen Raum als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Voraussetzung ist aber eine flächendeckende Versorgung mit hochleistungsfähigem Internet und modernstem Mobilfunk. Nur so wird die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse außerhalb der großen Städte gewährleistet.

Der Deutsche Landkreistag fordert daher, bei der Vergabe der 5G-Frequenzen die Bedingungen so auszugestalten, dass der ländliche Raum beim Ausbau der neuen Mobilfunknetze nicht abgehängt wird. Fehler wie beim Breitbandausbau dürfen sich nicht wiederholen.



Foto: fotolia.com/ Grafik: easymedia

Zukunftsfähig sind die Mobilfunknetze nur, wenn konsequent auf den 5G-Standard und auf Flächendeckung gesetzt wird. Dies muss vorrangig durch Versorgungsaufgaben, alternativ über Förderung durch den Bund erreicht werden.

5G-Netze stehen im Übrigen im ländlichen Raum schneller zur Verfügung, wenn auch andere Anbieter außer den drei etablierten Mobilfunkbetreibern Zugang haben. Der Breitbandausbau hat gezeigt, dass ein reiner Infrastrukturwettbewerb für die ländlichen Räume nicht in der notwendigen Zeit zu den gewünschten Ergebnissen führt. Die Landkreise benötigen keine drei lückenhaften Netze nebeneinander, sondern eines mit echter Abdeckung. Insofern sollte auch die Zuteilung regionaler Frequenzen möglich gemacht werden.

TERMINE



- 15. Oktober 2018
Finanzstrukturkommission Sachsen-Anhalt
- 23. Oktober 2018
Vorstand des Sparkassenbeteiligungsverbandes Sachsen-Anhalt

Vorstand des Ostdeutschen Sparkassenverbandes
- 24. Oktober 2018
Verbandsversammlung des Sparkassenbeteiligungsverbandes Sachsen-Anhalt

Verbandsversammlung des Ostdeutschen Sparkassenverbandes
- 2. November 2018
Seminar für Kreistagsvorsitzende und deren Stellvertreter/innen
- 6. November 2018
Fachausschuss „Finanzen“ des Landkreistages Sachsen-Anhalt
- 9. November 2018
HVB-Konferenz des Landesverwaltungsamtes Sachsen-Anhalt
- 13. November 2018
Fachausschuss „Soziales“ des Landkreistages Sachsen-Anhalt
- 20. November 2018
Fachausschuss „Wirtschaft“ des Landkreistages Sachsen-Anhalt
- 29./30. November 2018
Landräte-Seminar, Salzlandkreis
- 10. Dezember 2018
Präsidium des Landkreistages Sachsen-Anhalt

HERAUSGEBER
Landkreistag Sachsen-Anhalt e. V.
Albrechtstraße 7, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391 56531-0, Telefax: 0391 56531-90
E-Mail: verband@landkreistag-st.de
Internet: www.kommunales-st.de

VERANTWORTLICH
Heinz-Lothar Theel,
Geschäftsführendes Präsidialmitglied

KOORDINATION
Sabine Fiebig,
Referentin

GESTALTUNG
easymedia GmbH (Katrin Funke), Magdeburg,
www.easy-media.de